

B

BERICHT
AUS DEM LANDTAG

Ausgabe Oktober 2014

**SALAFISMUS IN
NIEDERSACHSEN**

ROT-GRÜN ERSCHRECKEND TATENLOS

Thema des Monats
ROT-GRÜNE TATENLOSIGKEIT

Aus dem Parlament
**GRUNDSTÜCKSEIGENTÜMER
GERECHT ENTSCHÄDIGEN**

Klartext
SORGE UM DIE GYMNASIEN

Aktuell
**ROT-GRÜNE HAUSHALTS-
DEVISE: MAXIMALES SCHULDEN-
MACHEN BIS 2020**

Fraktion unterwegs
**INSULANER NICHT ALLEINE
LASSEN**

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen
und Herren,

die schweren kriegerischen Auseinandersetzungen in der Welt bedeuten auch für Niedersachsen neue Herausforderungen. Tausende Flüchtlinge aus den Krisengebieten suchen Schutz in Deutschland. Unsere Städte und Gemeinden tragen die Verantwortung für die Unterbringung und Betreuung dieser Kriegsoffer. Deutschland hat hier die Pflicht zur Hilfe. Doch die Städte und Gemeinden beklagen zu Recht, dass der Innenminister sie bei der Bewältigung der Kosten allein lässt.

Ein anderes Problem ist die Frage, wie wir die Bevölkerung vor der Bedrohung durch Islamisten schützen können. Unsere Sicherheitsbehörden müssen in die Lage versetzt werden, dieser Gefahr wirksam zu begegnen. Dazu gehört ausdrücklich auch ein starker und funktionierender Verfassungsschutz. Den wollten die Grünen vor der Wahl aber noch abschaffen. Inzwischen stehen sie seit fast zwei Jahren einer Neuregelung der Aufgaben des Verfassungsschutzes im Weg. Das schon lange vom Innenminister angekündigte Gesetz liegt noch immer nicht vor. Diese Politik ist unverantwortlich und gefährdet die Sicherheit der Menschen in Niedersachsen.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

ROT-GRÜNE TATENLOSIGKEIT

Gefährdung durch salafistischen Terrorismus in Niedersachsen wächst – Landesregierung wirkt paralysiert und schwächt zudem den Verfassungsschutz

Egal ob im Fernsehen, im Radio oder in den Zeitungen - die Berichte über die Gräueltaten der Terrororganisation „Islamischer Staat“ in Syrien und dem Irak bestimmen seit Wochen die tägliche Berichterstattung. Kaum ein Tag vergeht ohne neue Meldungen über Flucht und Vertreibung Andersgläubiger, unvorstellbare Gewalt und bestialische Morde. Mossul, Raqqa, Falludscha: Das Einflussgebiet des IS scheint von Deutschland aus in sicherer Entfernung - doch sein Terror ist längst auch in der westlichen Welt angekommen.

Nach Schätzungen der Sicherheitsbehörden sind bislang rund 400 Islamisten von Deutschland aus als selbst ernannte Gotteskrieger nach Syrien und in den Irak gereist – mindestens 15 von ihnen stammen aus Niedersachsen. Die ersten kehren bereits zurück. Was das bedeuten kann, zeigen die jüngsten Meldungen aus Australien. Mitte September hat die Polizei in Sydney und Brisbane 15 Syrien-Rückkehrer festgenommen. Sie planten, wahllos australische Bürger zu entführen und vor laufender Kamera zu enthaupten. Dieses Szenario weckt Erinnerungen an die grausame Ermordung des britischen Soldaten Lee Rigby durch zwei britische Salafisten mitten in London, die im Mai 2013 für Entsetzen sorgte.

„Rot-Grün muss die Gefahr endlich ernst nehmen“

Während die Sorge in der niedersächsischen Bevölkerung angesichts solcher Meldungen wächst, wirkt die rot-grüne Landesregierung wie paralysiert. „Rot-Grün ist mit der Bekämpfung des Salafismus und anderer radikal-islamischer

Strömungen schlicht überfordert“, sagt Angelika Jahns, innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion. „Bei den entscheidenden Fragen zeigt sich die Landesregierung erschreckend ahnungslos.“

So taucht in einer 26 Seiten umfassenden Antwort auf eine Große Anfrage der CDU zum Thema Salafismus der „Islamische Staat“ lediglich ein einziges Mal auf – auch das Phänomen der „Terror-Reisenden“, die von Deutschland aus in den Dschihad ziehen, ist der Landesregierung offenbar nicht präsent. „Rot-Grün muss die Gefahr, die von Salafisten und Dschihadisten auch in Niedersachsen ausgeht, endlich ernst nehmen“, fordert auch CDU-Fraktionschef Björn Thümler.

Obwohl die salafistische Szene in Niedersachsen wächst, gibt es derzeit keinerlei Präventions- oder Aussteigerprogramme. Ein von der CDU-geführten Landesregierung im März 2012 beschlossenes umfassendes Antiradikalisierungskonzept gegen islamistischen Extremismus wurde von Rot-Grün ersatzlos gestrichen – ebenso die Niedersächsische Extremismus Informationsstelle (NEIS). Auch eine eigene niedersächsische Beratungsstelle, um gerade junge Menschen vor dem Abgleiten in den radikalen Islamismus zu bewahren, gibt es nicht. Derzeit betreut die Beratungsstelle Kitab in Bremen ganz Norddeutschland – mit zwei Halbtagsstellen. Finanziell unterstützt wird die Stelle vom Bund, nicht vom Land Niedersachsen. Dabei haben sich mit Hannover, Braunschweig, Hildesheim und Osnabrück in Niedersachsen gleich vier Schwerpunkte der salafistischen Bewegung herausgebildet. Von der „zivilgesellschaftlich sozialen Arbeitsstelle zur Antiradikalisierung“, die die Landesregierung 2013 beschlossen und mit dessen Einrichtung das Sozialministerium beauftragt ist, fehlt bislang jede Spur.

CDU fordert landeseigene Beratungsstelle

Weiter verschärft wird die Situation durch die drastische Einschränkung der Arbeitsfähigkeit des Verfassungsschutzes durch die rot-grüne Landesregierung. „Während die größte extremistische Bedrohung der letzten 20 Jahre wächst, setzt die Verfassungsschutzpräsidentin den Fokus fast ausschließlich auf die Beobachtung der rechtsextremistischen Szene“, so Angelika Jahns. „Über die Personen, die in den vergangenen Wochen und Monaten nach Syrien und den Irak ausgereist sind und das, was sie dort tun, weiß der Verfassungsschutz erschreckend wenig. Das hat die Antwort auf unsere Große Anfrage deutlich gezeigt.“ „Die Landesregierung muss etwas tun - mit wohlklingenden Programmkündigungen lassen sich religiöse Fanatiker nicht stoppen“, betont Fraktionschef Thümler. „Es war ein großer Fehler von Rot-Grün, die bestehenden Antiradikalisierungs- und Aussteigerkonzepte sang- und klanglos einzustampfen. Niedersachsen hinkt anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen jetzt meilenweit hinterher.“

Die CDU-Fraktion fordert deshalb nicht nur umgehend die Einrichtung einer landeseigenen Beratungsstelle, sondern auch ein Präventionsprogramm gegen Salafismus an Niedersachsens Schulen sowie eine Neuauflage des Aussteigerprogramms. Zudem sollen Personen, die sich wahrscheinlich salafistischen Kampfverbänden anschließen wollen, an der Ausreise gehindert und das Werben für in- und ausländische terroristische Vereinigungen auf Bundesebene unter Strafe gestellt werden.



Angelika Jahns, MdB - innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion



Björn Thümler, MdB – Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion



Vermummte Kämpfer des IS ziehen durch die Straßen von Raqqa (Syrien) – laut Schätzungen der Sicherheitsbehörden sind bislang rund 400 Islamisten von Deutschland aus nach Syrien und in den Irak gereist – mindestens 15 von ihnen stammen aus Niedersachsen. Foto:dpa

AUS DEM PARLAMENT EIGENTÜMER GERECHT ENTSCHÄDIGEN

Akzeptanz für Infrastrukturprogramme steigern: CDU legt Gesetzentwurf für verbesserte Entschädigungszahlungen beim Bau von Strom- und Gasleitungen vor

Mit seinen mehr als 5500 Windrädern hat sich das Land Niedersachsen in den vergangenen Jahren bundesweit zum führenden Produzenten von Ökostrom entwickelt. Nicht nur beim Ausbau der erneuerbaren Energien, auch bei der Durchleitung des Stroms in andere Teile der Bundesrepublik fällt dem Land damit im Hinblick auf die Energiewende eine Schlüsselrolle zu. Klar, dass Niedersachsen deshalb auch besonders vom Netzausbau betroffen ist – etwa durch den Bau der viel diskutierten SuedLink-Trasse.

Um den Strom von den Offshore-Parks an der Küste beispielsweise nach Bayern zu transportieren, müssen für die Stromautobahnen mehrere Tausend Leitungskilometer durch Deutschland verlegt werden. Das Problem: Dabei sind auch private Grundstücke betroffen – werden dort Leitungen verlegt, müssen die Eigentümer entschädigt werden. Die bisherige Entschädigungspraxis sorgt jedoch bei den betroffenen Grundstücksbesitzern immer wieder für Unmut. „Bislang werden die Eigentümer nur unzureichend entschädigt“, sagt Helmut Dammann-Tamke, agrarpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. „Zähe Verhandlungen sind daher an der Tagesordnung. Das führt immer wieder zu erheblichen Zeitverzögerungen beim Leitungsbau.“ Aktuell bekommen Grundstückseigentümer lediglich eine einmalige Entschädigung, die im Höchstfall gerade mal 20 Prozent des tatsächlich am Markt erzielbaren Bodenpreises beträgt.

Diese Praxis will die CDU jetzt ändern – ein von der Fraktion vorgelegter Gesetzentwurf wurde im September-Plenum erstmals beraten. „Die bisherige Praxis wird vielfach als ungerecht empfunden. Die Folge ist eine verbreitete Ablehnung von Leitungsbauprojekten“, erklärt Dammann-Tamke. Heftige Kritik übt der CDU-Agrarexperte an der Untätigkeit der Landesregierung bei diesem Thema: „Rot-Grün hat sich zur Energiewende bekannt. Wie man mit Eigentumsverlusten oder -einschränkungen im Kontext des Netzausbaus umgehen soll, lässt die Re-



Helmut Dammann-Tamke, MdL – agrarpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion



Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion fordert eine gerechte Entschädigung für Grundstückseigentümer, die vom Netzausbau betroffen sind.

Foto: dpa

gierung Weil unbeantwortet. Es wird lediglich auf den Bund verwiesen, anstatt in ihrem eigenen Kompetenzbereich mit gesetzlichen Regeln für einen fairen Interessenausgleich zwischen Netzbetreibern und Bürgern zu sorgen.“

Eine gerechte Entschädigung für betroffene Grundstückseigentümer sei Voraussetzung für die Akzeptanz und damit letztlich die erfolgreiche Umsetzung von Großprojekten, so Dammann-Tamke weiter. Der Gesetzentwurf der CDU sieht deshalb jährliche Entschädigungszahlungen der Netzbetreiber an die betroffenen Landeigentümer vor. Die Zahlungen sollen sich sowohl am tatsächlichen Verlust durch den Leitungsbau, als auch an den Gewinnen der Trassenbauer orientieren.

Eine zusätzliche Belastung für den Landeshaushalt stellen die höheren Entschädigungsleistungen nicht dar – die Zahlungen werden bereits jetzt über die EEG-Umlage finanziert. Bei Annahme des Gesetzentwurfes würden die jährlichen Zahlungen bis zum Abbau der Gas- oder Stromleitung erfolgen. Die CDU-Fraktion stärkt damit die Position des Deutschen Bauernverbandes, der als Vertreter der Grundeigentümer schon seit Jahren eine wiederkehrende Nutzungsentschädigung fordert. So sieht es auch die Agrarministerkonferenz, die sich dieser Forderung im April 2012 angeschlossen hat.

KLARTEXT:

GESAMTSCHULEN STATT GYMNASIEN –

ROT-GRÜN PLANT „CHANCEN-VERNICHTUNGS-GESETZ“

Die rot-grüne Landesregierung hat für den Herbst eine umfangreiche Schulgesetzänderung angekündigt. Im Zentrum steht die erklärte Absicht der SPD-Kultusministerin Heiligenstadt, Gesamtschulen als „ersetzende Schulform“ festzuschreiben. Das bedeutet: Außer Gesamtschulen müssen kommunale Schulträger den Plänen zufolge bald keine andere weiterführende Schulform mehr anbieten – Gymnasien, Oberschulen, Haupt- und Realschulen werden dann überflüssig.

Der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried, befürchtet, dass das neue Schulgesetz zu einem „Chancen-Vernichtungs-Gesetz“ wird. Im September-Plenum standen die Pläne zur Schulstruktur bereits zweimal auf der Tagesordnung, obwohl der Schulgesetzentwurf der Landesregierung weiter auf sich warten lässt.

„Rot-Grün nimmt keine Rücksicht auf den Elternwillen. Die Vielfalt der Bildungswege, die Wahlfreiheit der Eltern für den besten Bildungsweg ihres Kindes – all diese Grundsätze werden von Rot-Grün mit Füßen getreten, wenn wir in Niedersachsen ein Einheitsschulsystem bekommen“, sagt Seefried.

Besonders große Sorgen macht sich Seefried um die Gymnasien. „Die Gymnasien, bislang beliebteste Schulform in Niedersachsen, waren noch nie in unserer Landesgeschichte so bedroht wie heute“, urteilt der CDU-Schulpolitiker. „Ministerin Heiligenstadt legt die Axt an die Vielfalt unseres Bildungssystems. Es wird nicht mehr möglich sein, dass Schülerinnen und Schüler bei Unter- oder Überforderung auf die für sie geeignete Schulform wechseln können. Leistung wird dann nicht mehr gefördert und nicht mehr gefordert.“



Kai Seefried, MdL – schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Doch nicht nur die Gymnasien sind in Gefahr. Auch die seit der letzten Legislaturperiode eingeführten Oberschulen mit ihrem berufsorientierenden Profil und vielerorts mit einem gymnasialen Angebot stehen im Fokus der rot-grünen Koalitionäre. „Auch die Oberschulen will Rot-Grün zur Einheitsschule umbauen – ungeachtet der Tatsache, dass diese Schulform sehr erfolgreich gestartet ist“, sagt Seefried und verweist darauf, dass Oberschulen sehr beliebt sind: Zum Schuljahresbeginn 2014/15 sind landesweit 17 neue Oberschulen gestartet und nur zehn neue Gesamtschulen.

Nach Seefrieds Auffassung passt es ins Bild, dass Rot-Grün quasi nebenbei auch noch das Sitzenbleiben, die Schullaufbahnpflicht nach der 4. Grundschulklasse und die Ziffernoten in der Grundschule abschaffen will. „In einer NDR-Umfrage haben sich die Niedersachsen jüngst mit überwältigender Mehrheit gegen solche Pläne ausgesprochen. Das scheint die Kultusministerin nicht zu stören. Sie setzt ihre Politik gegen den Willen der Eltern in Niedersachsen fort“, sagt Seefried und kündigt heftigen Widerstand der CDU-Landtagsfraktion gegen das rot-grüne „Chancen-Vernichtungs-Gesetz“ an.

AKTUELL

ROT-GRÜNE HAUSHALTSDEVISE: MAXIMALES SCHULDENMACHEN BIS 2020

Neue Schulden, sinkende Investitionen und ein stetig wachsender Regierungsapparat - richtungsloser Haushaltsentwurf wird Herausforderungen in Niedersachsen nicht gerecht



Reinhold Hilbers, stellvertretender Vorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

„Der Entwurf ist eine einzige Enttäuschung“ – so lautete im September 2013 das Urteil des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Reinhold Hilbers, über den ersten rot-grünen Haushaltsplan. Jetzt, zwölf Monate später, hat auch der zweite Versuch von SPD und Grünen wenig Aussicht auf eine bessere Bewertung durch den CDU-Haushaltsexperten: „Wir erleben das reinste Déjà-vu: neue Schulden, wenig Investitionen und zusätzliche Stellen im Regierungsapparat – im Vergleich zum letzten Jahr hat sich nichts geändert“, kritisiert Hilbers den im September-Plenum vorgestellten Haushaltsplandentwurf der rot-grünen Koalition.

Der Entwurf offenbart einmal mehr die völlige Ambitionslosigkeit der Landesregierung - vor allem im Hinblick auf die Schuldenbremse. Hilbers: „Maximales Schuldenmachen bis 2020 – so lautet die rot-grüne Haushaltsdevise. Der Sparwille der Regierung Weil reduziert sich darauf, den spätmöglichen Termin für die Einführung der Schuldenbremse einzuhalten. Die Kreditermächtigungen sollen bis zum letzten Cent ausgereizt werden. Das bedeutet für Niedersachsen 1,2 Milliarden Euro zusätzliche Schulden bis 2020.“ Gleichzeitig sinke die Investitionsquote weiter auf magere 5,8 Prozent. „Dieser Haushaltsplan gibt keine Richtung für die Entwicklung des Landes vor. Er wird den Herausforderungen, vor denen wir in Niedersachsen stehen, nicht gerecht“, betont Hilbers.

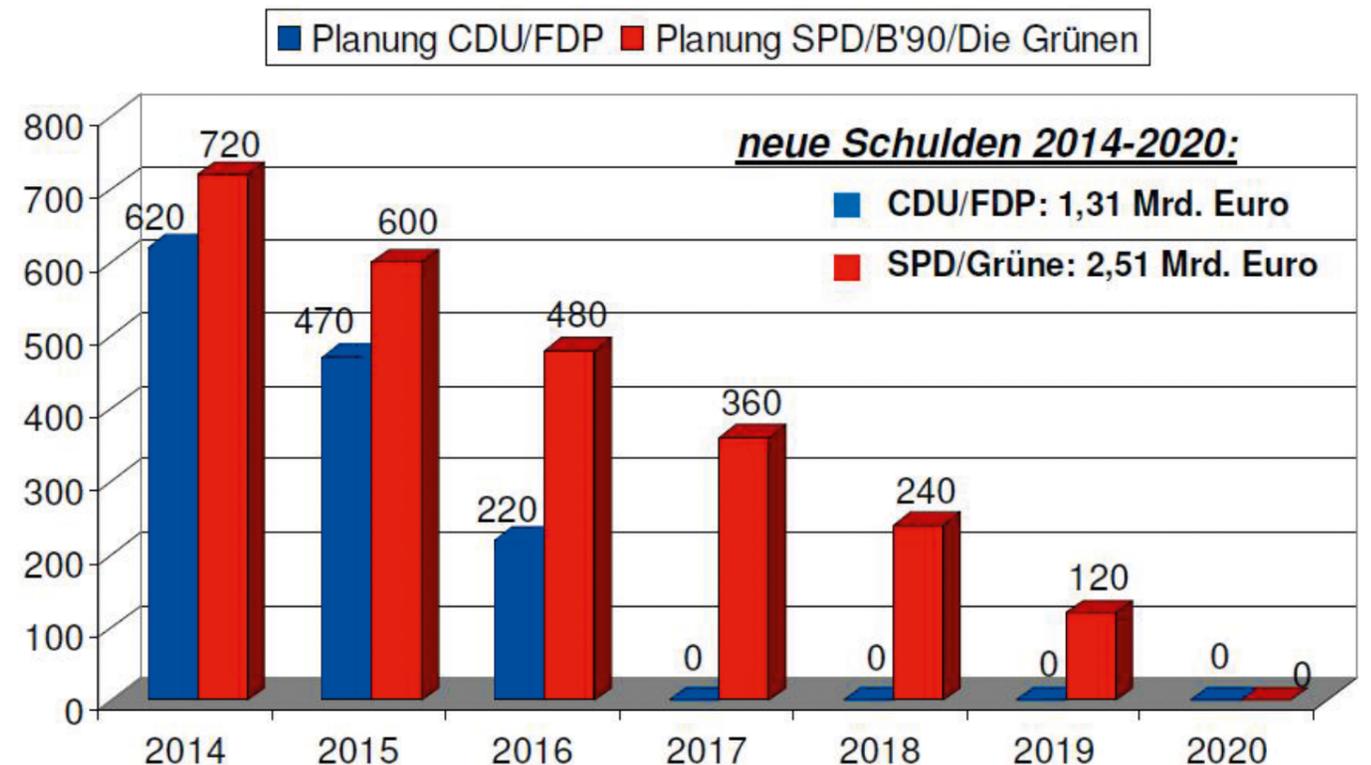
Die Hauptkritikpunkte auf einen Blick:

Neue Schulden trotz erneutem Steuerplus:

Auch für das Jahr 2015 kann das Land Niedersachsen mit steigenden Einnahmen rechnen – erwartet wird ein Steuerplus von rund einer Milliarde Euro im Vergleich zum Vorjahr. Gleichzeitig bewegen sich die Zinsen weiterhin auf einem historisch niedrigen Niveau, so dass die Zinsausgaben des Landes 2015 trotz der steigenden Verschuldung um voraussichtlich 12 Millionen sinken. Auch der Bund sorgt für erhebliche Entlastungen im Landesetat: Allein die Übernahme der BAföG-Ausgaben spült ab 2015 110 Millionen Euro in die Kasse. Trotz dieser mehr als günstigen Einnahmesituation und einem Rücklagenpolster von 439 Millionen Euro, will Rot-Grün im kommenden Jahr rund 600 Millionen Euro neue Schulden aufnehmen – 130 Millionen mehr, als von der CDU-geführten Vorgängerregierung in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen.

Der Regierungsapparat wächst und wächst:

Ein Ende des massiven Stellenausbaus in Staatskanzlei und Ministerien ist nicht in Sicht. Nach den 173 zusätzlich geschaffenen Stellen in 2014, bläht die Landesregierung



2015 wollen SPD und Grüne rund 600 Millionen Euro neue Schulden aufnehmen.

den Regierungsapparat 2015 um weitere 58 Stellen auf. Im Vergleich zu 2013 macht das einen Zuwachs von 231 Stellen in nicht einmal zwei Jahren.

Investitionen sinken – massive Kürzungen beim kommunalen Straßenbau:

Trotz der komfortablen Einnahmesituation, mit der das Land auch im kommenden Jahr rechnen kann, senken SPD und Grüne die Investitionsquote weiter ab – auf lediglich 5,8 Prozent. Die eigenfinanzierten Investitionen sinken 2015 erneut um rund 37 Millionen. Im Vergleich zum Jahr 2012 bedeutet das einen Rückgang der eigenfinanzierten Investitionen unter Rot-Grün um 50 Prozent.

Besonders hart trifft es den kommunalen Straßenbau. Hier drohen bis 2018 Kürzungen in Höhe von rund 86 Millionen Euro. „Das ist eine Ohrfeige für den ländlichen Raum“, kritisiert Hilbers. Ähnlich sieht es bei der Städtebauförderung aus – auch hier fließen kaum Mittel in die für den ländlichen Raum relevanten Programme.

Ähnliches gilt für die Krankenhausfinanzierung: Jüngste Anhörungen im Landtag haben deutlich gemacht, dass es einen großen Investitionsbedarf an niedersächsischen Krankenhäusern gibt. Hilbers: „Darauf hat die Landesregierung keine Antworten, geschweige denn Lösungen.“



Vor allem dem kommunalen Straßenbau drohen unter Rot-Grün in den kommenden Jahren drastische Kürzungen. Foto: dpa

Richter, Beamte und Pensionäre werden geprellt:

Im Wahlkampf hatten SPD und Grüne Richtern, Beamten und Pensionären noch Hoffnung auf die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes gemacht. Keine zwei Jahre später plant Rot-Grün stattdessen die Anpassung der Beamtenbesoldung an die Tarifentwicklung auszuhebeln. Gerade einmal 1,4 Prozent Besoldungserhöhung billigen SPD und Grüne den Richtern, Beamten und Pensionären für 2015 zu. 2016 sollen es sogar nur noch 1,1 Prozent sein - unabhängig davon wie die Tarifverhandlungen ausgehen. Hilbers: „Für uns galt und gilt: Die Besoldung folgt der Tarifentwicklung. Die Landesregierung erweist sich hingegen als unzuverlässiger Partner. Wahlversprechen und Regierungswirklichkeit klaffen bei Rot-Grün weit auseinander.“

DIE FRAKTION UNTERWEGS

INSULANER NICHT ALLEINE LASSEN

Mit rund 500.000 Übernachtungen pro Jahr gehört das Nordseeheilbad Wangerooge zu den beliebtesten touristischen Zielen in Niedersachsen. Trotz langer Sandstrände und guter Seeluft gehören auch Probleme zum Inselalltag. Vor allem die zunehmende Verknappung des Wohnraums macht den Insulanern schwer zu schaffen. Ein Problem, bei dessen Lösung die CDU-Landtagsfraktion jetzt mit ihrem Entschließungsantrag „Ausverkauf der Ostfriesischen Inseln beenden“ helfen will.

Die Haustüren sind verschlossen, die Fensterläden verriegelt und die Straßen fast menschenleer. Immer mehr Straßenzüge auf Wangerooge wirken über große Teile des Jahres verwaist, fast geisterhaft – sehr zum Ärger der Inselbewohner. Der Hintergrund: Viele Wohnungen auf der beliebten Nordseeinsel werden nur noch als Ferienwohnungen genutzt und stehen deshalb außerhalb der Saison leer. „Immer mehr neugebaute Immobilien auf der Insel werden an Anbieter von Ferienwohnungen verkauft. Damit geht Insulanern und Saisonarbeitern zunehmend Dauerwohnraum verloren“, erklärt Karl-Heinz Bley, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion. Gemeinsam mit dem CDU-Wirtschaftsarbeitskreis war Bley im Sommer nach Wangerooge gereist, um sich vor Ort über die Situation auf der Nordseeinsel zu informieren.

Bley: „Wenn man selbst vor Ort gewesen ist, wird einem bewusst, wie schwierig die Situation für die Inselbewohner ist.“ Abhilfe soll nun der CDU-Entschließungsantrag schaffen, der im September-Plenum erstmals im Landtag beraten wurde. Darin fordert die CDU-Fraktion die rot-grüne Landesregierung auf, sich auf Bundesebene unter anderem dafür einzusetzen, dass der Begriff Wohnen differenzierter festgelegt wird.

Ein weiteres, fast schon existenzielles Problem für die Insel, ist der unzureichende Dünschutz. „Es ist fünf vor zwölf“, betont Diana Mischke, Vorsitzende der CDU Wangerooge. „Wir haben keine Zeit mehr abzuwarten und zu verhandeln. Es muss jetzt dringend etwas geschehen.“ Die nötige Sollstärke von 80 Metern sei bereits an einigen Stellen nicht mehr gegeben, so Mischke. Auch hier sowie im Hinblick auf die unzureichende Bahnanbindung der Insel sicherte Karl-Heinz Bley die Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion zu: „Wir werden auf jeden Fall mit den Vertretern der CDU Wangerooge in Kontakt bleiben. Wir dürfen die Insulaner mit ihren Problemen nicht alleine lassen.“



Mit rund 500.000 Übernachtungen gehört Wangerooge zu den beliebtesten Touristenzielen Niedersachsens.

Foto:dpa



Machten sich vor Ort ein Bild von den Problemen auf der Insel: Die Arbeitskreismitglieder Karl-Heinz Bley und Gerda Hövel mit Jürgen Wiebach (2. Vorsitzender der CDU Wangerooge) (v.l.).

TERMINE

3. Oktober

Tag der Deutschen Einheit

12. - 14. Oktober

Konferenz des Geschäftsführenden Vorstandes zu energie- und landwirtschaftlichen Themen in Brüssel

21. - 25. Oktober

Messe: EuroBlech

22. - 24. Oktober

Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:

Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:

Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Philip Ossenkopp
Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook

<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>